

Das Formular ist einzureichen bei der

Investitions- und Förderbank Niedersachsen
NBank
Günther-Wagner-Allee 12 - 16
30177 Hannover

Versionsnummer 1

Antragsnummer
ZW 1 - 87013219



Antragsformular 265 - Wirtschaftsnahe Infrastruktur

1 Antragstellende Organisation

*Name des Unternehmens / der Organisation

Name des Unternehmens / der Organisation

*Telefon

Telefax

Mobiltelefon

*E-Mail

*Straße

*Hausnummer

*PLZ

*Ort

eigene Adresse eingeben (z. B. für Neubaugebiete)

Interne Kontaktperson

Titel

*Vorname

*Nachname

*Funktion im Unternehmen / Organisation

*Telefon

Telefax

Mobiltelefon

*E-Mail

1.1 Angaben zur Website und Social Media

Für eine Überprüfung der Einhaltung Ihrer Informations- und Kommunikationspflichten gem. Art. 50 Abs. 1a) der VO (EU) 2021/1060 benötigen wir folgende Angaben von Ihnen:

Betreiben Sie eine Website?

• Ja • Nein

Betreiben Sie Social Media Kanäle?

• Ja • Nein

1.2 Wirtschaftlich Berechtigte

Wirtschaftlich Berechtigte im Sinne des Geldwäschegesetzes sind natürliche Personen, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle die antragstellende Organisation letztlich steht. Dazu gehört jede Person, die mehr als 25 % der Kapitalanteile hält oder mehr als 25 % der Stimmrechte kontrolliert oder auf vergleichbare Weise Kontrolle ausübt. Es sind alle wirtschaftlich Berechtigten zu benennen.

Unterliegen Sie gemäß § 20 oder § 21 Geldwäschegesetz der Verpflichtung zur Eintragung in das Transparenzregister?

• Ja, Wirtschaftlich Berechtigte • Ja, fiktiv Wirtschaftlich Berechtigte • Nein

1.3 Vertretungsbefugte Person

Entspricht die vertretungsbefugte Person der internen Kontaktperson unter "1. Antragstellende Organisation"?

* Ja * Nein

*Geburtsdatum

*Staatsangehörigkeit

*Funktion im Unternehmen / Organisation

1.4 Bankverbindung

*Kontoinhabende Person/Organisation

*IBAN

2 Angaben zur Organisation

*(geplante) Rechtsform

*(geplanter) Status

*(geplanter) Wirtschaftsbereich

Es ist eine Steuernummer vorhanden.

* trifft zu * trifft nicht zu

Was ist eine Steuernummer und wo finde ich sie?

ELSTER-Steuernummer-Umrechner

Es ist eine Umsatzsteuer-ID vorhanden.

* trifft zu * trifft nicht zu

*Branchenschlüssel / WZ Kode

Unter dem folgenden Link finden Sie eine Auflistung aller gültigen Branchenschlüssel: **[Branchenschlüssel-\(WZ-2008-Statistisches-Bundesamt\)](#)**

Bitte wählen Sie aus dem Verzeichnis die für Ihr Unternehmen/ Organisation zutreffende Branchenbezeichnung aus.

*Unternehmensgröße

Kleinstunternehmen (kleiner als 10 Beschäftigte, Umsatz oder Bilanzsumme kleiner als 2 Mio. Euro).

Kleines Unternehmen (10-49 Beschäftigte, Umsatz oder Bilanzsumme kleiner als 10 Mio. Euro).

Mittleres Unternehmen (50-249 Beschäftigte, Umsatz kleiner als 50 Mio. Euro oder Bilanzsumme kleiner als 43 Mio. Euro).

Öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB

* Ja * Nein

Die öffentliche Auftraggebereigenschaft im Sinne des Vergaberechts beurteilt sich nach den Regeln der §§ 98, 99, 100 und 101 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).

2.1 Gesellschafter

Gesellschafter	Anteil in %

3 Angaben zum Projekt

*Im Rahmen der Richtlinie stelle/n ich/wir hiermit einen Antrag auf Förderung von

Erschließung, Ausbau und Revitalisierung von Industrie- und Gewerbegebieten (EFRE)

*Bezeichnung des Projektes

*Kurzbeschreibung des Projektes

Angaben zu den Betrieben, die neu angesiedelt werden sollen (ggf. Anlage beifügen):

Firma	Sitz der Firma (derzeit/künftig)	Produktionsprogramm bzw. Gegenstand des Unternehmens	Gelände (Bestand/Bedarf/ Optionen in qm)	Beschäftigte derzeit	Beschäftigte zusätzlich neu	Art

3.1 Durchführungszeitraum

*geplanter Beginn

*geplantes Ende

3.2 Durchführungsort

Entsprechen die Adressdaten den Eingaben unter "1. Antragstellende Person/Organisation"?

* Ja * Nein

*Straße

*Hausnummer

*PLZ

*Ort

eigene Adresse eingeben (z. B. für Neubaugebiete)

Ortsteil

*Landkreis/kreisfreie Stadt

Gibt es neben dem Projektort noch weitere Durchführungsorte?

* Ja * Nein

3.3 Kooperationen

Soll das beantragte Projekt in Kooperation durchgeführt werden?

* Ja * Nein

Soll das beantragte Projekt in Kooperation durchgeführt werden (Netzwerkpartner)?

* Ja * Nein

3.4 Zuwendungen

Sind für das gleiche Projekt bei einer anderen öffentlichen Stelle ebenfalls Zuwendungen beantragt oder sollen Zuwendungen beantragt werden? (Falls ja, bitte Nachweise vorlegen.)

* Ja * Nein

Wurden von einer anderen Stelle bereits Mittel bewilligt oder in Aussicht gestellt?

* Ja * Nein

Wurden bereits früher Mittel gezahlt?

* Ja * Nein

Wurden frühere Anträge abgelehnt?

* Ja * Nein

4 Angaben zur Finanzierung

4.1 Ausgaben des Projektes

Sollten in einer Gruppe keine Ausgaben geplant sein, tragen Sie bitte eine Null ein.

Ausgaben	Träger	Beträge in Euro
Grunderwerbskosten		*
Planungsleistungen		*
Bauausgaben		*
Baunebenkosten		*
Umweltschutzmaßnahmen		*
Lieferungen und Leistungen		*
Sachausgaben		*
Fremdleistungen		*
Sonstige Ausgaben		*
Personalausgaben spitzabgerechnet		*
Personalausgaben Standardeinheitskosten		*
Öffentlichkeitsarbeit		*
Summe der Ausgaben		0,00 €

Falls das Vorhaben in mehreren Kalenderjahren durchgeführt wird:

Jahr	Betrag in Euro

Folgekosten

Jahr	Betrag in Euro

4.2 Finanzierung des Projektes

Sollten in einer Gruppe keine Finanzierung geplant sein, tragen Sie bitte eine Null ein.

Finanzierung	Beträge in Euro	Prozent
Private Kofinanzierung		
Eigenmittel	*	
Direktbeiträge, z. B. von Unternehmen	*	
Sonstige private Mittel	*	
Summe		0,00 €
Öffentliche Kofinanzierung		
Bundesmittel	*	
Landesmittel	*	
Kommunale Mittel	*	
Sonstige öffentliche Mittel	*	
Summe		0,00 €
Beantragter Zuschuss		0,00 €
Summe der Finanzierung		0,00 €

5 Erklärungen zum Antrag

5.1 Vollständigkeit

Ich bestätige/Wir bestätigen die Vollständigkeit und Richtigkeit der in diesem Antrag und in den eingereichten Unterlagen gemachten Angaben.

Ich erkläre/Wir erklären, dass die Bedingungen der gültigen Richtlinie bekannt sind und anerkannt werden.

5.2 EU-Verordnungen

Mir/Uns ist bekannt, dass sich an den beantragten Finanzierungshilfen der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Falle die Verordnung (EU) 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds (Amtsblatt der EU Nr. L 231 vom 30. Juni 2021, S. 60–93) in Verbindung mit der Verordnung (EU) 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 mit gemeinsamen Bestimmungen für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds Plus, den Kohäsionsfonds, den Fonds für einen gerechten Übergang und den Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds sowie mit Haushaltsvorschriften für diese Fonds und für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, den Fonds für die innere Sicherheit und das Instrument für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik (Amtsblatt der EU Nr. L 231 vom 30. Juni 2021, S. 159-700) in der jeweils aktuellen Fassung Anwendung findet.

5.3 Subventionserhebliche Tatsachen

Mir/Uns ist bekannt, dass folgende in diesem Antrag (inklusive dieser Erklärungen) sowie in den Unterlagen, die diesem Antrag beigelegt sind, anzugebenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne von § 264 des Strafgesetzbuchs (StGB) sind und dass Subventionsbetrug nach dieser Vorschrift strafbar ist:

Antragstellende Organisation/Person, Angaben zur Organisation, Angaben zum Projekt, Teilnehmendenstatistik, Angaben zur Finanzierung

Mir ist/Uns sind weiterhin § 4 des Subventionsgesetzes (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2037) bekannt, wonach insbesondere Scheingeschäfte und Scheinhandlungen für die Bewilligung, Gewährung oder Rückforderung und Weitergewährung oder das Belassen einer Subvention oder eines Subventionsvorteils unerheblich sind. Das bedeutet, dass für die Beurteilung der tatsächlich gewollte Sachverhalt maßgeblich ist.

Mir/Uns sind auch die nach § 3 SubvG bestehenden Mitteilungspflichten bekannt, wonach unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen sind, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen einer Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass nachträgliche Änderungen zu Angaben, die in diesem Antrag als subventionserhebliche Tatsachen bezeichnet werden, ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.

Dies betrifft die Abschnitte Antragstellende Organisation/Person, Angaben zur Organisation, Angaben zum Projekt, Angaben zur Finanzierung.

5.4 Gesicherte Finanzierung

Ich erkläre/Wir erklären, dass die im Antrag angegebene Kofinanzierung, wie auch die Finanzierung etwaiger Projektfolgekosten gesichert ist.

5.5 Erklärung Unternehmen in Schwierigkeiten

Im Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, sog. AGVO (in der jeweils aktuellen Fassung) ist ein Unternehmen in Schwierigkeiten ein Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft (Artikel 2 Ziffer 18 AGVO):

- Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und (in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen) KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen: Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden), ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gekennzeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.

- Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen KMU, die noch keine drei Jahre bestehen, und - in Bezug auf Risikofinanzierungsbeihilfen - KMU in den sieben Jahren nach ihrem ersten kommerziellen Verkauf, die nach einer Due-Diligence-Prüfung durch den ausgewählten Finanzintermediär für Risikofinanzierungen in Frage kommen)

- Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen.

- Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.

- Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.

- Im Falle eines Unternehmens, das kein KMU ist: In den letzten beiden Jahren

- betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und
- das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0

Befindet sich Ihr Unternehmen derzeit in Schwierigkeiten?

- trifft zu • trifft nicht zu

Unterlagen die meine/unsere Erklärung zum Status "Unternehmen in Schwierigkeiten" belegen, können der NBank auf Nachfrage vorgelegt werden.

5.6 Rückforderung von bereits bewilligten Zuwendungen

Ich erkläre/Wir erklären, dass mir/uns bis heute bewilligte Zuwendungen, sei es von der NBank, einer anderen staatlichen Stelle oder der Europäischen Kommission

- bisher nicht wegen formeller und/oder materieller Rechtswidrigkeit (insbesondere wegen Unvereinbarkeit mit dem EU-Beihilfenrecht nach Art. 107, 108 Vertrag über die Arbeitsweise der EU) aufgehoben und zurückgefordert wurden oder
- im Falle einer diesbezüglichen Rückforderungsentscheidung vollständig zurückgezahlt wurden.

Mir/Uns ist bekannt, dass eine Bewilligung solange unterbleibt, bis die erhaltene Zuwendung vollständig und nach Maßgabe des jeweiligen Rückforderungsbescheides zurückgezahlt wurde. Mir/Uns ist insoweit ebenfalls bekannt, dass ich/wir jede zukünftige Abweichung meiner/unsere vorstehenden Angaben unverzüglich der NBank mitteilen muss/müssen. Dazu gehören auch zukünftig ergehende Rückforderungsentscheidungen o. g. Stellen.

5.7 Doppelförderungsverbot

Ich bestätige/Wir bestätigen, dass für das Projekt keine Förderung aus EFRE-Mitteln anderer Landesprogramme oder aus anderen Mitteln der EU, insbesondere des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+), des Europäischen Fonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) oder des Europäischen Meeres-, Fischerei- und Aquakulturfonds (EMFAF) erfolgt; dies gilt nicht, soweit die Voraussetzungen des Artikels 63 Abs. 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 zur Unterstützung eines Vorhabens aus einem oder mehreren Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) oder aus einem oder mehreren Programmen und aus anderen Unionsinstrumenten gegeben sind.

5.8 Vorzeitiger Maßnahmebeginn

Anträge sind vor Beginn der Arbeiten für das Vorhaben zu stellen. Beginn der Arbeiten für das Vorhaben ist entweder

- a. Der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages
- b. der Beginn der Bauarbeiten für das Vorhaben oder
- c. die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
- d. eine andere Verpflichtung, die das Vorhaben unumkehrbar macht.

Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung sowie sonstige vorbereitende Maßnahmen – einschließlich Planungs- und Beratungsleistungen nach Ziffer 4.5 Koordinierungsrahmen – nicht als Beginn des Vorhabens.

Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung sowie sonstige vorbereitende Maßnahmen – einschließlich Planungs- und Beratungsleistungen nach Ziffer 3.3 GRW-Koordinierungsrahmen – nicht als Beginn der Arbeiten. Hinweis für Beauftragungen im Rahmen der HOAI: Die Leistungsphasen 1 bis einschließlich 6 sind zuwendungsrechtlich nicht als vorzeitiger Maßnahmebeginn zu werten. Ich erkläre/Wir erklären, mit dem Projekt nicht vor Erteilung des Zuwendungsbescheides bzw. vor der schriftlichen Genehmigung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen zu haben und beginnen zu werden. Als Beginn des Projekts werden die vorstehend beschriebenen Arbeiten für das Vorhaben verstanden. Mir/Uns ist bekannt, dass bei einem vorzeitigen Maßnahmebeginn eine Förderung des Projekts nicht erfolgen kann.

5.9 Informations- und Kommunikationspflichten

Die in Art. 50 Verordnung (EU) 2021/1060 aufgeführten Informations- und Kommunikationspflichten sind mir/uns bekannt. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, diese nach Vorgaben der NBank zu erfüllen.

Mir/Uns ist bekannt, dass das Projekt in die Liste der Vorhaben (Art. 49 (3) Verordnung (EU) 2021/1060) aufgenommen wird. Neben der Bezeichnung und einer Beschreibung des Projektes werden u. a. auch der Durchführungszeitraum, Standort und mein/unsere (Firmen)Name und der Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben des Projektes in die Liste aufgenommen und veröffentlicht. Mir/Uns ist ferner bekannt, dass die Projekte von der EU-Kommission auf der EU-eigenen Website www.kohesio.eu veröffentlicht werden.

Mir/Uns ist bekannt, dass, sofern in meinem/in unserem Projekt Beihilfavorschriften Anwendung finden, gemäß Art. 9 (1) i. V. m. Art. 11 Verordnung (EU) Nr. 651/2014 (in der aktuellen Fassung) eine Kurzbeschreibung in dem in Anhang II dieser Verordnung festgelegten Standardformat und der volle Wortlaut der Beihilfemaßnahme veröffentlicht werden.

Ferner ist mir/uns bekannt, dass bei einer Zuwendungshöhe von mehr als 100.000 Euro die im Anhang III der Verordnung genannten Informationen veröffentlicht werden.

5.10 Vorsteuerabzug

Ich erkläre/Wir erklären, für dieses Projekt zum Vorsteuerabzug gem. § 15 des Umsatzsteuergesetzes (UStG)

- berechtigt zu sein. • nicht berechtigt zu sein. • teilweise berechtigt zu sein.

Sofern für dieses Projekt keine oder eine teilweise Vorsteuerabzugsberechtigung besteht, ist eine "Erklärung zur Umsatzsteuer" (gem. Vordruck der NBank) vorzulegen. Diese ist spätestens mit der ersten Mittelanforderung, in der Umsatzsteuerbeträge abgerechnet werden sollen, vorzulegen.

5.11 Belegung geförderter Industrie- und Gewerbegebiete

Im Falle der Maßnahmeart „Erschließung, Ausbau und Revitalisierung von Industrie- und Gewerbegebieten“ ist beabsichtigt, die Industrie- und Gewerbeflächen, die mit Hilfe des beantragten Zuschusses erschlossen werden sollen, zielgerichtet und vorrangig GRW-förderfähigen Betrieben zum Marktpreis zur Verfügung zu stellen.

5.12 Besonderheiten im Falle des Einsatzes von GRW-Mitteln

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass zum Zwecke der Transparenz von Fördermaßnahmen der Bund im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen oder das Land Niedersachsen folgende Angaben in geeigneter Form veröffentlichen kann: - Name des Zuwendungsempfängers - Projektnummer des Vorhabens - Art des Unternehmens (KMU/großes Unternehmen) zum Zeitpunkt der Gewährung - Region, in der der Zuwendungsempfänger seinen Standort hat - Wirtschaftszweig auf Ebene des NACE-Gruppe - Höhe der Förderung (Bruttosubventionsäquivalent) - Förderinstrument (Maßnahmeart) - Tag der Gewährung - Ziel der Zuwendung - Bewilligungsbehörde (NBank).

Die Fördermittel werden ausschließlich zur Finanzierung der beschriebenen Maßnahmen verwandt. Das Vorhaben ist mit den Zielen, Grundsätzen und sonstigen Erfordernissen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar; entsprechende Unterlagen sind dem Antrag beigelegt. Das Vorhaben wurde unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung geplant. Die Belange des Umwelt- und Naturschutzes werden berücksichtigt; entsprechende Unterlagen sind dem Antrag beigelegt.

*trifft zu *trifft nicht zu

5.13 Zweckbindung/ Dauerhaftigkeit der Vorhaben

Mir/Uns ist bekannt, dass im Zuwendungsbescheid eine Zweckbindungsfrist festgelegt wird, während der die dauerhafte Nutzungsfähigkeit der Maßnahme/des Investitionsgutes auf eigene Kosten (bspw. laufende Betreuung, regelmäßige Reinigung, Instandhaltung, ggfs. Erneuerung etc.) sicherzustellen ist.

5.14 Grundrechtecharta

Ich bestätige/Wir bestätigen, dass ich/wir das Merkblatt der NBank zur Wahrung und Einhaltung der Grundrechtecharta zu Kenntnis genommen habe/haben und dass im Rahmen der Projektumsetzung die Einhaltung der Grundrechtecharta gewährleistet ist. Ich werde/Wir werden – soweit relevant – die Teilnehmenden und die Beteiligten des Projekts über die Wahrung und Einhaltung der Grundrechtecharta informieren. Mir/Uns ist bekannt, dass Verletzungen der Grundrechtecharta im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projekts zu einem teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung führen kann.

*trifft zu *trifft nicht zu

5.15 Mitteilung an die Finanzbehörden

Zur Erfüllung der NBank obliegenden steuerlichen Mitteilungspflichten erfolgt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten nach Art. 6 Absatz 1 Buchstabe c, Absatz 2, Absatz 3 Buchstabe b DS-GVO in Verbindung mit §§ 5 Absatz 2, 6 Absatz 2 NBankG in Verbindung mit § 2 Mitteilungsverordnung (MitteilungsVO), § 93a Abgabenordnung (AO).

Danach hat die NBank die nach dem 31.12.2023 geleisteten Zahlungen den Finanzbehörden mit den in § 8 MitteilungsVO genannten Informationen (anordnende Stelle, Aktennummer, Firma bzw. Namen, Anschrift, Steuernummer bzw. Steuer-ID, bei Privatpersonen Geburtsdatum, Grund der Zahlung, Höhe der Zahlung, Tag der Zahlung oder der Zahlungsanordnung) zu übermitteln.

Liegt eine Ausnahme gemäß § 7 MitteilungsVO vor, erfolgt keine Mitteilung an die Finanzbehörden.

5.16 Belegaufbewahrung

*In welcher Form werden die Projektbelege aufbewahrt?

Im Abschnitt "Abschluss" können Sie eine PDF-Zusammenfassung der gesamten Antragsstrecke herunterladen und ausdrucken. Auf diesem Ausdruck muss die vertretungsbefugte Person die Angaben und Erklärungen mit ihrer Unterschrift bestätigen. Bitte senden Sie diesen Ausdruck im Original postalisch an die NBank. Bitte füllen Sie ebenfalls die nachfolgenden Pflichtfelder aus (Datum und Ort), damit diese auch in der PDF-Version erscheinen.

*Datum

*Ort

Unterschrift der vertretungsbefugten Person/Stempel

Allgemeine Informationen zur Datenverarbeitung und zu Ihren Rechten finden Sie unter [Datenschutz & Cookie-Richtlinie](#). Bei Fragen wenden Sie sich an die NBank, Günther-Wagner-Allee 12 - 16, 30177 Hannover oder an unsere Datenschutzbeauftragte [datenschutz@nbank.de].